



** Die Bedeutung einer nationalen Politik Preußens für die Zukunft Europa's.

Mit der Unterwerfung Ungarns und dem Falle Venedigs sind die gewaltigen Kämpfe, unter denen Europa 18 Monate lang aus dem Gleichgewichte getreten war, zu Ende gegangen. Die Ordnung ist überall hergestellt, der Welttheil ist ruhig. Eine andere Frage ist es, ob diese Ordnung eine so naturgemäße ist, daß sie die Bürgschaft einer gesunden Entwicklung in sich trägt, ob diese Ruhe den Frieden der Völker Europa's zu begründen im Stande ist.

Indem wir diese Frage einer Prüfung unterziehen, bemerken wir gleich von Anfang herein, daß wir dabei nicht die Kämpfe politischer Parteien und Fraktionen im Auge haben, die man überall mit dem Namen „Volksbewegungen“ zu benennen beliebt, sondern jene Bewegungen, die in wahrhafter Volks- und Nationalerhebung begründet waren, und die zu drücken, aber nicht zu erdrücken sind. Solche Nationalerhebungen hat Europa neben vielen unlauteren und trübenden Bewegungen in der jüngsten Zeit gesehen, und die Parteiverblendung nur konnte beide zusammenwerfen und beiden dasselbe Schicksal wünschen. Die Unterdrückung einer wahrhaft nationalen Erhebung ist kein Sieg für die Sache der Ordnung, denn sie trägt den Keim eines neuen und weit erbitterteren Kampfes in sich, und eine verlorne Schlacht ist keinesweges der Sarg eines für seine Nationalität aufgestandenen Volkes. Eine gesunde, konservative Politik wird diesen Gesichtspunkt nicht aus den Augen verlieren und die Eventualitäten der Zukunft nicht den Plänen der Revolutionärpartei überlassen, sondern dieselben zum Besten der Sache der Ordnung zu lenken suchen.

Ein flüchtiger Rückblick auf die Ereignisse seit dem Februar 1848 läßt vollkommen erkennen, daß der eigentliche Kern der Bewegungen in Europa das Erwachen der Nationalgefühle gewesen ist. In zwei Völkern, die an diesem Kern, dem nationalen Element, festhielten, — Italien und Ungarn — haben in dem Kampfe auch auszuhalten gewußt, ihre Bewegungen sind nachhaltig gewesen, und sie sind mit Ehren unterlegen. Wo die Bewegung aber den nationalen Boden aufgegeben hat und auf das Gebiet der rein politischen und sozialen Umwälzungen übergegangen ist, da gerieth sie ins Stocken, versandete in den Spaltungen und Zerklüftungen der Parteien und nahm ein schmähliches Ende. Es liegt dies auch in der Natur der Sache. Das Nationalgefühl ist eine wirklich belebende Macht; es liegt etwas Religiöses darin, und es wirkt einigend, organisirend. Man kann dieses Gefühl hundertmal niederdrücken, es wird immer zu einer neuen Flamme aufsprudeln. Der Kampf um politische Theorien und Staatsformen ist jedesmal ein Unglück für ein Volk, sobald er mit andern als geistigen Waffen geführt wird. Er ist verderblich, weil ihm der gemeinsame Boden fehlt, weil er nicht einigt, sondern trennt.

Es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, die Revolutionen des Jahres 1848 waren gegen die Monarchien gerichtet und hatten die Republiken zum Ziele. Italien und Ungarn beweisen das Gegentheil. In ganz Italien herrschte nur ein Gedanke, der der Nationalität! In ganz Italien hatte man nur das einzige Verlangen, als Nation verbunden zu werden! Alle anderen Fragen, über Konstitution und Regierungsform waren nur sekundär. Hätte Italien einen Monarchen gefunden, der ihm seine nationale Einheit garantierte, so hätte es sich mit der beschränktesten Konstitution begnügt. Rom hatte sich nur Republik erklärt, weil es von den europäischen Monarchien keine Hilfe für die Einheit Italiens erwartete, und Mazzini, der römische Diktator, wollte um den Preis der Einheit gern auf Republik und demokratische Institutionen verzichten. Und so war es in ganz Italien; die Seele der Bewegung war — der Drang nach nationaler Einheit!

Daß der Kampf in Ungarn ein Nationalkrieg gewesen ist, bedarf wohl kaum erst erwähnt zu werden. Wohl galt es auch dem Könige, aber nur dem Kö-

nige aus dem Hause Habsburg, der die Nationalität des Volkes verlegt, nicht dem Königthum. Die Krone des heiligen Stephan wäre mit Freuden einem regierenden Fürsten übertragen worden, wenn sich Einer gefunden hätte, der die Sache der Ungarn zu der seinen machen wollte. Republik und Demokratie hatten mit dem Kampfe in Ungarn nichts gemein, und wenn sich in Ungarn wie in Italien eine republikanische Partei gebildet hat, so hatte sie ihren Ursprung nur in den Regierungen, die die Sache der Nationalitäten unberücksichtigt ließen.

Und warum haben die politischen Bewegungen in Deutschland ein so schmachvolles Ende genommen? Weil die Haupttriebfeder derselben, das nationale Element, von den Parteileidenschaften zurückgedrängt worden, weil man durch demokratisch-republikanische Tendenzen einerseits und durch absolutistische andererseits die Nation spaltete, anstatt sie zu einigen! Es ist damit weder dem Volke noch den Regierungen ein Dienst geleistet worden, während die Nationalitäts-Bestrebungen beiden zum Heile gereichen könnten.

Ist es aber eine nicht zu bestreitende Wahrheit, daß sich das nationale Element in den Bewegungen der meisten europäischen Länder am mächtigsten gezeigt hat, dann hat das ermüdete Europa auch jetzt nur eine Pause gemacht, und die Ruhe ist nicht der Art, um den Frieden zu verbürgen. Parteikämpfe kann man in das Nichts zurücktreiben, aus dem sie hervorgegangen sind, wahrhaft nationale Bestrebungen sind nicht mit Bajonetten auszurotten. Der Nationalgeist der Ungarn wird ihre gegenwärtige Niederlage überdauern und auf dem Schlachtfelde von Novara ist Italien nicht untergegangen. Die Regierungen, welche sich von der Sache der Nationalitäten abwenden, beschwören eine Zukunft für Europa herauf, deren Eventualitäten außer aller Berechnung liegen. Es ist nicht wahr, was uns einige Philosophen wollen glauben machen, daß die Völker an der Grenze kosmopolitischer Weltanschauung angelangt sind! Im Gegentheil, das Nationalgefühl der Völker ist im Wachsen, und wie bei den Italienern, Polen, Ungarn und Deutschen ist sein Erwachen auch bei dem weit ausgebreiteten Stamme der Slaven zu erwarten. Wenn nun dieser niedergehaltene Geist einst in hohen Flammen aufschlägt, wer wird im Stande sein dem Brande Einhalt zu thun?

In den Händen von vier Mächten liegt das Heil des europäischen Continents und eine dieser vier Mächte — Preußen — scheint berufen die Stütze der europäischen Zukunft zu werden. Frankreich hat sich mit allen seinen Revolutionen und am meisten mit seiner letzten in den vollsten Miskredit beim Volke gebracht. „Brüderliches Bündniß mit Deutschland, Befreiung Italiens, Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Polens“ — so lautete die Tagesordnung der Konstituante vom 24. Mai 1848, und Frankreich hat mit Verletzung der eigenen Verfassung Italien mit Krieg bezogen! — Oesterreich hat schon jetzt die Demüthigung erfahren, daß sich Ungarn zu den Füßen des russischen Czaren legte und aus dessen Hand sein Schicksal erwartete. Oesterreich ist Rußland anheimgefallen. Wie gründlich es in Italien verhaßt ist, weiß Jedermann, und das System der Stockschläge, das es dort neuerdings zu applizieren beginnt, und die Blutbefehle Haynau's sind auch nicht geeignet, ihm die Sympathien der Völker zu gewinnen. Außerdem sind beide Staaten, Frankreich wie Oesterreich, in dem eigenen Haushalte und zwar in dem tiefsten Lebensnerv, den Finanzen, so erschüttert, daß sie für lange Zeit hin ihre ganze Aufmerksamkeit darauf werden richten müssen, sich vor diesem gähnenden Abgrund zu sichern. — Rußland, das jetzt die Schicksale Europa's bestimmt, ist nur durch die Schwäche der andern Staaten so furchtbar mächtig. Eine civilisirte Großmacht kann ihm die Spitze bieten, und wir dürfen wahrlich nicht befürchten, daß Europa sich dem Feinde der Civilisation in die Arme werfen wird.

Wenn Preußen in Anerkennung des erwachten Nationalgeistes der europäischen Völker den Weg einer großen, nationalen, d. h. deutschen Politik, unverrückt innehält, wenn es den Völkern darthut, daß es den nationalen Aufschwung zu ehren weiß, wenn es sich mit Deutschland als deutschen Staat in dem

Herzen Europa's, gleichsam als leuchtendes Beispiel, hinstellt, so würde es sich mit dieser Politik zu dem Mittelpunkte des neuen Europa machen und eine neue Aera in der europäischen Geschichte beginnen. — Preußen mit einer wahrhaft national-deutschen Politik wäre der Staat, in dessen Händen die Zukunft des europäischen Continents gesichert wäre, und wenn einst der unterdrückte Nationalgeist in andern Ländern sich zu neuen Stürmen erhebt, dann könnte Preußen mit dem Gewichte seiner Politik allein dem Sturme Halt gebieten und die Gräuel verwüstender Revolutionskriege verhindern. Die Nationen schließen sich gern und vertrauensvoll da an, wo sie dasjenige, wornach sie ringen, schon verwirklicht sehen, und so würde der Einfluß eines deutsch-nationalen Preußens ein hervorragend europäischer werden, und zugleich auch ein konservativer in der besten Bedeutung des Wortes.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. Zwölfte Sitzung vom 6. Sept. (Eröffnung der Sitzung 10 1/2 Uhr.)

Vorsitzender: Präsident Graf Schwerin.

Auf der Ministerbank sind sämmtliche Minister anwesend und der Commissarius des Ministeriums des Aeußern, General-Lieutenant v. Radowicz; die Zuschauertribünen sind stark besetzt. Auf der Diplomatenloge bemerkt man den Herrn v. Prokesch-Osten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Mehrere neu eingetretene Mitglieder werden den Abtheilungen zugewiesen. Die Urlaubsgesuche der Abgg. Schmidt, Düppel, Graf Arnim, Simson (der letzten beiden wegen Unwohlseins) werden genehmigt. Der Minister des Innern zeigt an, daß für den Kreis Erfurt der Minister des Aeußern von Schleinitz gewählt sei.

Der Präsident macht jetzt die Resultate der in den Abtheilungen stattgehabten Wahlen für die beschlossenen Commissionen bekannt, worauf die Kammer zur Tagesordnung übergeht, zum Bericht der Commission über die deutsche Angelegenheit.

Abg. v. Beckerath als Referent verliest die bereits mitgetheilten Anträge der Commission (S. Nr. 205 unserer Zeitung) und fährt dann fort: „Wenn es möglich wäre, daß unserer jetzigen Berathung ein Zeuge beiwohnen könnte, der mit dem Vorhergegangenen nicht bekannt wäre, der müßte sich wundern, daß Vertreter eines großen Volks auf ihre Befugnisse verzichten. Es muß aber hier die erste Frage besprochen werden, wie wir unseren Entwicklungsgang zum Ziele führen, wie wir Preußen groß erhalten. Der Einzelne hat das Recht, für das Vaterland große Wünsche zu hegen, er hat nicht das Recht, sie auf ein Gebiet zu übertragen, auf dem sie mit der nächsten Pflichterfüllung in Widerspruch stehen. Schon ein flüchtiger Blick auf die Geschichte Preußens zeigt, daß dieser Staat die politische Kraft und die bürgerlichen Tugenden Deutschlands in sich fassend, mit der Zukunft Deutschlands eng verbunden ist.“

Von dem Augenblicke an, wo Preußen sein Territorium von Osten bis zum äußersten Westen Deutschlands ausdehnte, kam zum politischen Beruf, den es an Deutschland knüpfte, das Interesse. Die kleinen Staaten haben nicht die Kraft, die eignen Mittel, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Was aber Staat gegen Staat nur auf dem Wege der Eroberung erreichen kann, das läßt sich unter verbündeten Stämmen nur durch innige staatliche Vereinigung lösen. Deshalb ist der Bundesstaat für die innere Entwicklung Deutschlands nöthig. Auch nach Außen hin ist die Errichtung des Bundesstaates eine Nothwendigkeit. In einer Stellung, wie sie Preußen einnimmt, beruht die auswärtige Politik desselben nicht darin, daß es in außerordentlichen Lagen außerordentliche Forderungen an sich stellen kann, sie ruht mit Sicherheit auf jenen materiellen Grundlagen, die im Verein mit der Energie, einen Staat unüberwindlich machen. Derjenige Staat wird die meisten Allianzen haben, der ihrer am wenigsten bedarf. Schon einmal hat Preu-

sen, auf eine einzige Allianz gestützt, Deutschland, ja ganz Europa die Spitze zu bieten vermocht, damals war die Weltlage freilich anders; womit ich indes nicht aussprechen will, daß Preußen in ähnlicher Lage nicht eben so glorreich sich zeigen wird: es wird in allen Umständen den Ruhm seiner Vorfahren bewahren (Bravo!); aber eine solche Stellung darf nicht eine selbstgewählte sein. Ein Staat muß sich einen moralischen Halt verschaffen, und dies ist für Preußen der deutsche Geist. Betrachtet es die Verbindung mit Deutschland als den Boden, auf dem es sich entwickeln muß, dann wird es wachsend zunehmen an Macht. Denn die politische Macht ist der Flamme zu vergleichen: sie nimmt nicht ab, sie wächst, wo sie sich mittheilt. Preußen würde also die Bahn verlassen, die ihm Natur und Geschichte gezeichnet haben, wenn es sich auf sich zurückzöge und die kleinen deutschen Staaten nöthigte, sich auf Oesterreich zu stützen.

Man wird aber fragen, wenn nun die kleinen Staaten ihre Hand zum Bundesstaate nicht reichen wollen? Hierauf kommt es aber nicht hauptsächlich an; die Hauptsache ist, ob Preußen will. Wenn daher die Regierung Preußens, die erste Kammer und wir, die zweite Kammer, uns für den Bundesstaat aussprechen, dann bieten 16 Millionen Deutsche sich die Hand für eine Form, in der sie Deutschland zu einer Stufe der moralischen materiellen Entwicklung heben würden, auf der es noch nie gestanden.

Preußens König hat in gewissenhafter Rücksicht auf bestehende Rechte eine Kaiserkrone abgelehnt, Preußens Volk legt in Selbstverleugnung seine eben erst begonnene Entwicklung auf den Altar des Gesamtvaterlandes nieder. Was an uns liegt, so erkennen wir den Ruf nach der Einigung Deutschlands im vollsten Maße als berechtigt an, wenn man sich aber zurückzieht, dann wird Preußen der Brennpunkt Deutschlands sein, und wenn dann die deutsche Einheit scheitert, dann können wir uns nur zurückziehen und auch ohne Deutschland bestehen.

Das Staatsinteresse Preußens war es, was diesen Staat 1815 dazu bestimmte, dem Bunde beizutreten. Diese Form ging unter, weil sie die Bedürfnisse des Volks nicht befriedigte. Wenn sie sich hätte erhalten können, würde sie gezeigt haben, daß Preußen im Staatenbunde mehr beschränkt sei, als es im Bundesstaate der Fall sein könnte.

Wir strebten seit Jahren nach freien Verfassungen und blieben dabei auf dem Wege des Gesetzes. Als aber das langersehnte Gut plötzlich gewährt werden mußte, da bemächtigten sich unreine Hände desselben. Buben wollten das Band lockern zwischen König und Volk, die Kraft unseres Heeres untergraben.

Aber der gesunde Sinn des Volkes und die Kraft des Königthums haben uns gerettet. Preußen ist stärker aus der Katastrophe hervorgegangen und es braucht vor der großen Frage der Geschichte nicht zurückzuweichen. Sie aber wird heute beweisen müssen, daß Regierung und Volk einig ist in der Errichtung des großen Zieles.“ (Beifall.)

Ein Amendement des Abgeordneten Wülfing findet keine Unterstützung. Ein anderes, noch nicht gedrucktes Amendement, von den Abgeordneten Borrmann, Fürst Ratibor, Bismarck-Schönhausen u. unterzeichnet, welches den dritten Antrag der Kommission verwirft, aber dem Ministerium auf dem betretenen Wege Unterstützung zusagt, erhält genügende Unterstützung.

Scherer. Ich habe mich zum Redner gemeldet, weil ich die Enderklärung des Berichtes adoptire, nicht die Motive. Darum habe ich mich gegen einzeichnen lassen. Meine Bedenken gegen die Kommission lassen sich in 3 Punkten zusammenfassen. Die Aktensücke beginnen mit dem 28. April; nach dem Urtheil der k. Regierung will die Regierung von ihrem Verhalten Rechenschaft ablegen. Daher der k. Kommissär nicht bloß vom 26. Mai, sondern auch an die Ereignisse vom 3. April angeknüpft, wo die Räte des Königs die Annahme der Kaiserkrone abgerathen. Ich erkläre, daß die Ablehnung die allein berechnete Grundlage der preussischen Politik in der deutschen Frage ist. (Bravo von der Rechten.)

Die Regierung Sr. Majestät hat nicht verlangt, daß wir unsere Zustimmung zu dem Bündnisse erteilen. In dem Kommissionsbericht aber heißt es, daß eine solche Zustimmung nöthig sei. Wenn die Regierung Zustimmung verlangt hätte, würde sie es ausdrücklich ausgesprochen haben. Es ist die Frage, ob wir kompetent sind, eine Zustimmung zu beanspruchen. Das Bündniß enthält nichts als eine Erneuerung der Verträge von 1815 zu gegenseitigem Schutz. Die Verfassung, die damit verbunden worden, ist ein Entwurf, der selbst noch nicht von den Regierungen, als die eine kontrahierende Partei, angenommen; erst dann können die Volksvertreter Zustimmung beanspruchen. Wenn ich Stimme für die Resolution, so ist es bloß mein individueller Beifall zu der Politik der kgl. Regierung. Die Frage wegen § 111 ist zu umfangreich und zu voreilig gestellt, obgleich ich zustimme. Wir wollen bloß herzliches Einverständnis mit der Politik der k. Regierung aussprechen. Das wäre genügend gewesen, indes,

da die Frage bereits angeregt und das Ministerium einverstanden ist, so will ich nicht die Verantwortlichkeit übernehmen, dagegen zu stimmen. Man darf uns keinesfalls als Hinderniß an der deutschen Verfassung erfinden, da wir erkennen, daß es Wunsch der königl. Staatsregierung ist, ein übereinstimmendes Votum der beiden Kammern zu erlangen. Wir wollen die Regierung unterstützen, selbst wenn wir Wolken sich aufzuthürmen sehen (Bravo von der Rechten).

Dunker. Es ist seltsam, daß ein großer deutscher Stamm erst darüber berathen soll, ob es ein Deutschland geben, oder ob es bei dem Ausspruch Napoleons bleiben soll: Ich kenne kein Deutschland, sondern nur ein Preußen, Baiern, Sachsen u. s. w.

Das Streben nach einem einigen Deutschland ist kein revolutionäres, socialistisches, es ist der natürliche Drang nach Kräftigung, nach Abschüttelung der alten, nicht immer schmachlosen Geschichte. Dieses Streben ist zu natürlich begründet, um jemals aufhören zu können. Dieses Streben ist ein nationales. Uebermächtige Kräfte stehen an unsern Grenzen im Osten und Westen. Wir müssen uns in den Stand setzen, jedem Einzelnen und auch den vereinigten Kräften die Spitze bieten zu können. Es ist die Politik Friedrichs des Großen, die wir verfolgen müssen. Der gegenwärtige Moment ist dringend, vielleicht der letzte. Bedenken wir, die Slaven halten sich für das Volk der Zukunft. Der Bundesstaat ist auch eine Nothwendigkeit für die konstitutionelle Entwicklung. In kleinen Staaten ist der Konstitutionalismus nicht durchzuführen. Die Revolution ist gebändigt aber nicht ausgeheilt, was nur durch die gesunde Entwicklung des Konstitutionalismus geschehen kann. — Für die preussische Macht ist der Bundesstaat nicht minder nothwendig. (Der Redner überblickt die Bergangeheit Preußens und kommt zu dem Resultat, daß die Aufgabe Preußens in dessen eigenem Interesse ist, die deutsche Nation zur Einigung zu führen).

Wir müssen uns nicht sehnen dahin zurückzukommen, wo wir vor 1806 standen, wir müssen trachten, Preußen mächtiger und glänzender zu machen. Warum sollten wir zaudern, uns mit 30 Millionen zu verbinden, wodurch wird unsere Selbstständigkeit dann leiden, da die Executive in die Hand unseres Königs gelegt ist, da wir unser Heer, unsere selbstständige Administration haben. Oder weiß man uns einen anderen Weg zur Förderung Preußens anzugeben; als die Verbindung mit dem großen Vaterlande. Der große Churfürst rief nach dem Frieden von Saint Germain: Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor. Diesen Rächer können wir nur auferstehen lassen, wenn unser König Oberhaupt des deutschen Bundes wird.

Abg. Reichensperger gegen den Kommissionsantrag: Sie Alle meine Herren erinnern sich wohl noch, wie verschieden im vorigen Jahre die Ansicht über das Zustandekommen der deutschen Verfassung war. Die Einen gaben der deutschen Reichsversammlung das Recht, die Verfassung endgültig festzustellen, und Andere, daß sie mit Vereinbarung der einzelnen Staaten zu Stande kommen solle, und diese Partei spaltete sich wieder in solche, die den einzelnen Kammern ein Zustimmungrecht einräumten und in solche, die nur den Regierungen die Befugniß der Vereinbarung ließen. Die Verfassungskommission der National-Versammlung beschäftigte sich mit eben derselben Frage und es ist nicht zu verkennen, daß ein so einflussreicher Akt wie das Zustandekommen der deutschen Verfassung nicht bloß nach Artikel XIII. der Bundesakte, sondern auch nach unserer Verfassung, der Zustimmung der Kammer nothwendig bedürfe.

Wie stellen sich nun die faktischen Verhältnisse dieser Frage gegenüber? Die in Aussicht gestellte deutsche Verfassung kennt noch Niemand; man weiß nicht einmal, welche Staaten sich bei derselben betheiligen werden. Es ist möglich, daß sich selbst Hannover und Sachsen zurückziehen. Es steht also die Existenz unseres Staates auf dem Spiel. Dasselbe ist der Fall mit dem Vertrauensvotum gegen die Regierung, denn wir können nicht wissen, welche Nachfolger das jetzige Ministerium haben dürfte. Ich bestreite also die Anwendung des Art. 111 auf die deutsche Verfassung. Ebenso muß ich mich gegen den zweiten Antrag erklären. Die Centralgewalt ist wie die Regierung jedes einzelnen Staates unverantwortlich, und hat Minister, die gegen die künftige Reichsversammlung verantwortlich sind. Wenn man die Schwäche der Central-Gewalt anklagt, so haben daran die Einzelstaaten Schuld. Ich bedauere, die Behauptung aussprechen zu müssen, daß man in dem Augenblicke, wo man die Heiligkeit der Verträge proklamirt, die alten Bündnisse zerrissen hat. Die Regierung hat vergeblich ihr Verfahren vom 26. Mai zu verteidigen gesucht. Der Art. I. und II. der Bundesakte besteht nicht mehr in seiner Integrität; auch dürfen nach Artikel XVI. die Stimmen einzelner Staaten gar nicht auf einen Staat übertragen werden, ohne Zustimmung der Gesamtheit. Immer erkenne der Verfassungs-Entwurf nur die Staaten, als zum deutschen Reiche gehörend an, welche dem engeren Bundesstaate angehören, und somit wären die Worte jenes Reichsfeindes zur Wahr-

heit geworden, daß er nur Preußen, Oesterreicher Baiern u. kenne.

Die preussische Circularnote vom 16. Februar bezeichnet schon die falsche Stellung, in der Preußen steht. Preußen ist zwar der größte Staat Deutschlands, aber der kleinste in der europäischen Pentarchie; es hat nur Kraft, in soweit es Deutschland hinter sich hat. Nach der Voraussetzung der Staatsregierung selber nun ist Oesterreichs Ausscheidung zum Bestehen des Bundesstaates nöthig. Ich glaube, man tröstet sich zu leicht über den Austritt. Ich glaube, daß vor Ablauf des Jahres vielleicht nicht mehr die Volksvertretung ein Hinderniß des Eintritts Oesterreichs sein würde. Auch die Grundrechte, die die frankfurter Versammlung mit so viel Präcision zusammenstellte, sind heute kein Hinderniß mehr. Friedrich Wilhelm III. hat seinem Nachfolger das inhaltsschwere Vermächtniß hinterlassen: Halt treu am Bunde mit Oesterreich! Dieser Monarch war in der Lage, die ganze Schwere dieses Wortes zu fühlen. Ich glaube, daß das siegreiche Schwert der Windischgrätz, Radetzki, die Anarchie von Westen und Osten, Süden und Norden von unserem Vaterlande abgehalten hat, daß er selbst am meisten dazu beigetragen hat, die in unserm Staate aufkeimende Anarchie im vorigen Jahre zu ersticken. (Einzelnes Bravo!) Stoßen Sie deshalb nicht Oesterreich aus! Denn auch die materiellen Interessen Deutschlands erheischen den Beitritt Oesterreichs. Lassen Sie die Natur und Geschichte nicht umsonst Ihnen sagen, daß Oesterreich mit uns zusammengewachsen ist. Die deutsche Geschichte fängt nicht von Febrbellin und Kossbach an, sie hat Jahrhunderte der schönsten Erinnerungen vorher. Man sage nicht, daß durch den Eintritt Deutschlands die Central-Gewalt Deutschlands unkräftig würde. Im Direktorium wird die Kraft der Regierung und die Macht der Monarchie am besten gewahrt sein. (Unruhe.) Die ganze deutsche Geschichte zeigt, daß im deutschen Volk ein Dualismus ruht; dieses will ich durch die Dreiheit zur Einheit erheben.

Graf Dyhrn: Der Vorredner hat es mir unmöglich gemacht, aufs Wort zu verzichten. Noch sind die Blätter grün, welche damals sproßten, als ich in derselben Angelegenheit an einer andern Stelle gegen andere Ansicht auftrat. Erlauben Sie mir über diesen scheinbaren Wechsel zu sprechen. Ich bin mir nicht untreu geworden. Ich habe auch damals für das sogenannte Kleindeutschland, für den engern Bundesstaat, gekämpft. Diesen sah ich in der Verfassung vom 28. Mai. Das Deutschland am Main ist gescheitert, jetzt versucht man es an der Spree herzustellen. Der Kern ist derselbe: Einheitliches Oberhaupt und Sicherung der Volksrechte durch Volks- und Staatenhaus. Ich trete für Annahme der Verfassung vom 28. Mai auf, obgleich sie viele bittere Schalen hat; ich halte mich am Kern und die Geschichte wird diesen festhalten, während sie die Schalen löschelt.

Damals glaubten wir, der 3. April werde der größere Bruder des 3. Februar sein. Eine gewaltigere Persönlichkeit stand damals auf dieser Tribüne und rief: wir stehen auf der Gewalt der Thatfachen. Ich will das Ministerium nicht bloß stützen, sondern es auch auffordern, an seinem Programme festzuhalten. Darum habe ich mein Mandat angenommen. Ich kenne einen höhern Boden als den Rechtsboden, den Boden der Vaterlandsliebe, auf diesem werde ich stets aushalten. (Bewegung.)

Wenn man die Erklärungen von Sachsen und Hannover liest, worin diese sich nur für gebunden halten, wenn obige deutsche Staaten sich dem Bundesstaate anschließen, so muß man ahnen, daß der gegenwärtige Moment ein verhängnißvoller ist. Der größte Staat sogar, der den Konferenzen beizuwohnt, hat seinem Bevollmächtigten, während der ganzen Konferenz keine Instruktion gegeben. (Gelächter.) Baiern erklärt jetzt entschieden, dieser Verfassung nicht beizutreten. Den Minister dieses Staates sehen wir jetzt geschäftig von Wien nach München reisen.

Ich wünschte, sein gutes Geschick hätte ihn auf seiner Reise in den Ständesaal nach Teschen geführt, dort hätte er die Bilder der preussischen Staatsmänner gesehen, welche gegen die Pläne Kaiser Josephs ausgerufen: Das Haus Wittelsbach soll nicht ausgestrichen werden aus der Reihe der souveränen Fürsten. (Bewegung.) Er hätte sich erinnert, daß Metternich Baiern das Recht auf Krieg und Frieden absprechen wollte, indem er erklärte, Baiern habe sich dieses Rechtes verlustig gemacht, indem es dasselbe an den ausländischen Protektor des Rheinbundes abgetreten. (Bewegung.) Nun denn! ein Staat, der einem Ausländer sich derartig untergeordnet hat, müßte sich eine Ehre daraus machen, dem deutschen Reichsvorstand sich unterzuordnen. (Lebhaftes Bravo!) Oesterreich aber hat Niemand aus Deutschland herausgedrängt, als Oesterreich selber. Hinter mir sitzt der Reichsminister der Finanzen . . . (Heiterkeit.) Ich frage ihn, wer den Reichsverweser am wenigsten respektirt, wer am wenigsten seine Matrikularbeiträge gezahlt hat? Es war Oesterreich! (Bravo!)

